Tagesordnung

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.02.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstraße 11, 35037 Marburg

1	Eröffnung der Sitzung
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2019
3	Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
4	Anträge der Fraktionen
4.1	Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Gehweg am Oberen Rotenberg instand setzen Vorlage: VO/6605/2019
4.2	Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratisierung städtischer Verkehrspolitik Vorlage: VO/6609/2019
4.3	Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Aktualisierung der Wohnraumbedarfsanalyse Vorlage: VO/6630/2019
4.4	Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Erst Parkdeck an alter UB klären - dann Parkhaus-Erweiterung planen Vorlage: VO/6639/2019
4.5	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr. Parkdeckbau an der alten Universitätsbibliothek Vorlage: VO/6650/2019
4.6	Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Integrierter Stadtentwicklungsplan Marburg 2030 Vorlage: VO/6652/2019
5	Kenntnisnahmen
5.1	Verkauf einer Grundstücksteilfläche im Stadtteil Cappel Vorlage: VO/6585/2018
5.2	Niederschrift über die 65. Sitzung des Denkmalbeirates am 16. Oktober 2018 Vorlage: VO/6628/2019
6	Verschiedenes

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6605/2019** öffentlich 09.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	FDP/MBL	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion FDP/MBL betr.: Gehweg am Oberen Rotenberg instand setzen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der nur durch Leitpfosten abgegrenzte Gehweg entlang der Straßen Rotenberg (ab Elisabethenhof) und Oberer Rotenberg (bis nach Wehrshausen) wird gereinigt, von Bewuchs und Vermoosung befreit sowie ausgebessert (Schäden am Asphalt). Zudem werden Bäume und Büsche entlang des Weges regelmäßig so zurück geschnitten, dass Fußgänger problemlos passieren können.

Begründung:

Bis irgendwann mal vielleicht ein vollwertiger Geh- und Radweg entlang des Rotenbergs nach Wehrshausen gebaut wird, bedarf es zumindest der Instandhaltung des vorhandenen Gehwegs entlang der Straße, zumal dieser durchaus von Fußgängern genutzt wird.

Christoph Ditschler Lisa Freitag Hanke Bokelmann Dr. Hermann Uchtmann

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6609/2019** öffentlich 15.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratisierung städtischer Verkehrspolitik

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert den TeilnehmerInnenkreis der AG Verkehr bei der Stadtverwaltung zu erweitern um:

- VertreterInnen von Verdi und DGB
- VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft :
  - der AG Verkehr der Agenda
  - der BI Verkehrswende
  - der BI Stadtautobahn
  - der BI-Allnatalweg-Bitte-Nicht
  - der Fahrradinitiative-Lahnberge
  - des ADFC
  - des BUND
  - des VCD

Begründung:

Es ist bekannt geworden, dass sich in einer AG Verkehr bei der Stadtverwaltung seit Jahr und Tag Vertreter des Magistrats, der für die Verkehrspolitik zuständigen Fachbereiche u.a. mit dem Stadtmarketing und exklusiv den Vertretern von Industrie und Handel treffen und beraten.

Völlig außen vor bleiben dabei VertreterInnen der Gewerkschaften sowie der Umweltverbände und der BIs, die eine ökologische Verkehrswende einfordern und dazu detaillierte Konzepte und auch sehr konkrete Forderungen entwickelt haben.

So ist es nicht verwunderlich, dass Anspruch und Wirklichkeit der Verkehrspolitik des Magistrats weit auseinanderklaffen. Während eine angebliche gleichberechtigte Förderung aller Verkehrsformen – unabhängig von ihren ökologischen Implikationen – postuliert wird, ist tatsächlich eine strukturelle Priorisierung eines möglichst reibungslosen MIVs im vermeintlichen Interesse von Industrie und Handel zu Lasten des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußverkehrs deutlich sichtbar.

Umso dringender wäre es, dass in dieser AG auch die Interessen, Ideen und Forderungen der ArbeitnehmerInnen, der AnwohnerInnen, der alternativen Verkehrsverbände und der in den BIs organisierten VerkehrsteilnehmerInnen zur Sprache kommen.

Andernfalls erschiene das Leitbild des 'Miteinander' des OB als wenig glaubwürdig.

Henning Köster-Sollwedel
Elisabeth Kula
Roland Böhm
Jonathan Schwarz
Jan Schalauske
Inge Sturm
Renate Bastian
Tanja Bauder-Wöhr

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6630/2019** öffentlich 24.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Aktualisierung der Wohnraumbedarfsanalyse

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine aktuelle differenzierte Wohnraumbedarfsanalyse zu beauftragen, die insbesondere die Bedarfe für Familien, Alleinerziehende sowie für Single-Haushalte und Studierende in den Fokus rückt.

Begründung:

Im Jahr 2015 haben die Stadt Marburg und die GeWoBau das Institut InWIS mit einer Wohnungsbedarfsanalyse beauftragt. Die Analyse basierte nicht nur auf statistischen Daten, sondern berücksichtigte eine Vielzahl von Anregungen aus der Bürgerschaft. So ist eine umfassende und qualifizierte Einschätzung der künftigen Bedarfe nach Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern entstanden.
Derzeit werden insbesondere von Verwaltung und Magistrat viele Aussagen getroffen, wie sich die Wohnraumbedarfe und wie sich der Neubau auf den Wohnungsmarkt ausgewirkt haben bzw. auswirken. Während in die InWIS-Studie viele Meinungen und Beobachtungen von Bürgern und Experten einflossen, wurden die neuen Einschätzungen weder mit wissenschaftlichen Werkzeugen überprüft noch mit der Sachkunde von Bürger*innen und Experten unterfüttert.
Wie aus der Großen Anfrage der Grünen vom 29.05.2018 hervorgeht, sind aktuell deutlich mehr Wohnungen gebaut worden oder in Bau bzw. Planung als von InWIS seinerzeit als maximaler Bedarf an Wohnungsneubau ermittelt.
Da der Magistrat unter Verweis auf die Bevölkerungsprognosen des Regierungspräsidiums mit Einwohnerzuwächsen rechnet und angesichts der hohen Neubaurate in Marburg scheint die Bedarfsanalyse von InWIS bereits heute überholt.

„Gegenüber dem in der InWIS-Studie vorgegebenen Neubaubedarf von 1.600 Wohneinheiten bis 2020 hat das Wohnraumversorgungskonzept den Bedarf an geförderten Wohnungen bereits auf zusätzlich 800 Wohneinheiten, also insgesamt auf fast 2.000 Wohneinheiten, angehoben. Nimmt man dann noch die bereits heute geplanten Wohnungsbauprojekte in der Größenordnung von fast 900 Wohneinheiten hinzu, wird deutlich, dass die Wohnungsnachfrage die in der InWIS-Studie vorgegebenen Bedarfe deutlich übersteigt und der Bedarf auch heute über den Zeitraum 2020 ungebrochen anhalten wird." (Antwort des Magistrats auf die Große Anfrage der Grünen betr. Wohnraumbedarf in Marburg, Frage 5)

Zwar hatte bereits InWIS in seinen Berechnungen künftige Einwohnerzuwächse berücksichtigt, gleichwohl bleibt offen, in welchen Haushalten und Wohnungsgrößen diese Neubürger*innen leben: Sind es Familien, Singles, alte oder junge Menschen, Alleinerziehende oder Studierende? Unklar ist daher, auf welche Teilmärkte sich der Neubau verteilt, denn leider war es der Bauverwaltung wegen des hohen personellen Aufwands nicht möglich, die Wohnungsneubauten nach Wohnungsgrößen aufzuschlüsseln. So ist völlig unklar, wie hoch der Bedarf beispielsweise für Familien oder für Single-Haushalte ist.
Um die, im Rahmen der geplanten Neubauvorhaben im Stadtwald und in Marbach, zu bauenden Bedarfe zu analysieren, aber auch zur Vermeidung von Fehlentwicklungen, ist es daher geboten, die Wohnungsbedarfsanalyse zu erneuern.

Dietmar Göttling **Christian Schmidt**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6639/2019** öffentlich 29.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	FDP/MBL	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr.: Erst Parkdeck an alter UB klären - dann Parkhaus-Erweiterung planen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Planungen und Überlegungen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Parkhauses Pilgrimstein zunächst zurückzustellen, bis, möglichst zeitnah, eine Entscheidung von Seiten der Universität in Bezug auf die Verfügbarkeit des Parkplatzes an der alten Universitätsbibliothek für ein Parkdeck gefallen ist.
Der Magistrat möge der Universitätsleitung die Dringlichkeit einer Entscheidung darlegen.

Begründung:

Ein möglicher Ausbau des Parkplatzes an der alten Bibliothek würde eine völlig neue Grundlage für eine Verkehrsplanung schaffen, was auch Auswirkungen auf die Dimensionierung der Erweiterung des Parkhauses am Pilgrimstein haben könnte. Unter dieser Voraussetzung müsste ein neues Verkehrskonzept entwickelt werden, gegebenenfalls auch unter Einbindung möglicher Betreiber der neuen Parkplatzanlage.

Dr. Hermann Uchtmann
Lisa Freitag

Christoph Ditschler
Hanke Bokelmann

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6650/2019** öffentlich 31.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	CDU SPD	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr. Parkdeckbau an der alten Universitätsbibliothek

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, nach den positiven Signalen der Universitätsleitung bzgl. des Parkdeckbaus auf dem Parkplatz der alten Universitätsbibliothek zügig das Gespräch mit den Verantwortlichen der Philipps Universität und dem Land Hessen zu führen. Dabei soll ausgelotet werden, ob und wie ein Parkdeckneubau realisiert werden kann.

In diesem Zusammenhang ist die Schaffung eines Verkehrsknotenpunkts „Marburg Mitte“ zu prüfen. Dabei sollen insbesondere ein Bahnhaltepunkt sowie eine zentrale Bushaltestelle bzw. ein kleiner Busbannhof in Betracht gezogen werden, um den Pendlern gute Möglichkeiten zur Nutzung des OPNV zu eröffnen.

Über den Gesprächsverlauf soll der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung zeitnah informieren.

Begründung:

Nach den positiven Signalen der Präsidentin Professorin Krause, die man der Tagespresse am 15. Januar 2019 entnehmen konnte, scheint es angebracht zu sein, die Gespräche über eine mögliche Realisierung des Parkdeckneubaus auf dem Parkplatz der alten Universitäts-Bibliothek erneut aufzunehmen. Neben den Gesprächen mit der Universität sollte das Land Hessen direkt in die Gespräche einbezogen werden.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung am und um den Erlenring in Bezug auf die Sperrung der Weidenhäuser Brücke steht es außer Frage, dass zusätzliche Parkplätze auf dem Gelände der Uni von strategischer Bedeutung für eine Verkehrsentlastung der Innenstadt sind.

Ein innenstadtnaher Pendlerparkplatz mit gutem Anschluss an den ÖPNV und die Bahn mit entsprechenden Haltepunkten schafft effektiv Entlastung und trägt somit zur Verbesserung der Verkehrssituation im Allgemeinen bei.

Jens Seipp
Roger Pfalz
Karin Schaffner
Jan von Ploetz
Matthias Simon
Sonja Sell

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6652/2019** öffentlich 04.02.2019
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Integrierter Stadtentwicklungsplan Marburg 2030

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

Durch einen integrierten Stadtentwicklungsplan die Zukunft von Marburg 2030 gestalten

Der Magistrat wird beauftragt, unter dem Motto „Marburg 2030“ die Planung einer integrierten Stadtentwicklung voran zu treiben. Hierbei sollen das prognostizierte Wachstum der Einwohnerzahl, Wohnungsbau unter den Gesichtspunkten der Bezahlbarkeit und sozialer Integration, Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, umfassende Verkehrsplanung, Arbeiten und Wirtschaftsentwicklung, Belange der Ökologie und des Klimaschutzes sowie die Rolle der Universität für die Stadt zu einem integrierten Konzept zusammengeführt werden. Die bisherigen Teilpläne für einzelne Stadtbezirke werden eingearbeitet. Dieser Prozess soll durch eine intensive Bürger/innenbeteiligung und wissenschaftliche Begleitung mitgestaltet werden.

Begründng:

Zahlreiche Städte reagieren auf die Herausforderungen beispielsweise durch wachsende Einwohnerzahlen oder wirtschaftliche Entwicklungen mit der Erarbeitung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten. Für Marburg werden zwar für einzelne Bereiche Quartiersentwicklungen in Auftrag gegeben, es ist aber erforderlich, diese Einzelkonzepte zu einem Gesamtentwicklungsplan zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Ansonsten könnte ein Flickwerk entstehen, das kein harmonisches Gesamtbild ergibt. Es kann für die Stadt nicht dienlich sein, wenn auf aktuelle Erfordernisse (Wohnraumnot, Verkehrsproblematik, Ausweitung des Behring-Standorts u.a.) nur mit einzelnen, separierten Teilmaßnahmen reagiert wird, ohne die Entwicklung der gesamten Stadt mit ihren Stärken und Potentialen im Auge zu haben.

Bereits im Jahre 2000 beteiligte sich der Magistrat der Stadt an einem Ideenwettbewerb „Stadt 2030“. Für Marburg wurde formuliert: Zukunftswerkstadt(t) Marburg – Gut miteinander leben. In den Bewerbungsunterlagen heißt es weiter:

„Ausgangspunkt für die Gestaltung eines Leitbildes in Marburg sind folgende Aspekte und Thesen:

(lokale) Politik und Verwaltung tut sich seit den 80er Jahren schwer, konsistente Leitbilder und Konzepte einer Stadtentwicklung zu formulieren. Das Denken in Projekten dominiert ebenso wie das Reagieren auf eingetretene Entwicklungen statt eines vorausschauenden Agierens. „(Seite 9) „Das Motto eines solchen Prozesses in Marburg könnte lauten: „Gut miteinander leben.“ …

Das gewählte Motto soll verschiedene Ziele umreißen: Das Miteinander verweist auf die Notwendigkeit, den verstärkten gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozessen eine lokale Politik der Solidarität entgegenzusetzen, was auch eine bessere Verzahnung unterschiedlichster Ressorts wie Soziales, Wissenschaft, Natur, Ökologie … voraussetzt. „Gut leben“ formuliert einen umfassenden Anspruch an Lebensqualität.“ (Seite 10)

Dieses Konzept wurde unter maßgeblicher Mitarbeit von Reinhold Kulle, heute Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz, erarbeitet. Marburg wurde damals nicht ausgezeichnet. Man hatte sich aber vorgenommen, das Projekt für Marburg weiter zu verfolgen. Die Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, und der energische Anspruch der Stadtgesellschaft auf umfassende und transparente Planung machen einen neuen Anlauf erforderlich.

Renate Bastian, Roland Böhm, Lise Kula, Jan Schalauske, Jonathan Schwarz